

Annoucen-Annahme-Bureau... Posten außer in der Expedition dieser Zeitung...

Annoucen-Annahme-Bureau... In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stuttgart, Ulm, Wien...

Vossener Zeitung.

hundachtzigster Jahrgang.

Freitag, 11. Januar (Erscheint täglich drei Mal.)

1878

N. 25.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt...

Inserate 20 Pf. die Zeile... Die Zeitungs- oder deren Namen, Adressen...

König Viktor Emanuel.

Der erste König von Italien ist am 9. Januar nach nur vier-tägiger Krankheit, an einer heftigen Lungenentzündung verbunden mit Frieselausschlag, verschieden...

Aus dem kleinen, konstitutionell und im freiheitlichen Sinne regierten Königreich Sardinien ist das neue Italien aus unscheinbaren Anfängen emporgewachsen. Viktor Emanuel war Sohn des Königs Albert, wurde am 14. März 1820 geboren und bestieg, nachdem er als Soldat die Feldzüge gegen Oesterreich mitgemacht...

Viktor Emanuel war seit dem 12. April 1842 mit Adelheid, Tochter des Erzherzogs Rainer von Oesterreich vermählt; dieselbe starb im Jahre 1855. Aus dieser Ehe entsprangen als älteste Tochter Prinzessin Klotsilde, seit 1859 Gemahlin des Prinzen Napoleon...

König Humbert I. besteigt den Thron noch nicht 34 Jahre alt, also im blühendsten Mannesalter. Seine Proklamation sowie die Bestätigung des bisherigen Ministeriums deuten auf den energischen Willen, in den Fußstapfen seines Vaters weiterzuschreiten...

Am Dienstag hat eine Sitzung der nationalliberalen Partei des Abgeordnetenhauses stattgefunden und „selbstverständlich“ meinte die „Nat. Ztg.“ wurden der Fraktion Mitteilungen über die Situation gemacht...

schweigen, so ist anzunehmen, daß dieses Verhalten auf einem Fraktionsbeschlusse beruht. Jedenfalls hat, wie man aus dem Unwillen der „Nat. Ztg.“ ersieht, das Gebahren vieler Blätter, welche den Sensationsstich nach Möglichkeit ausbeuteten, die Nationalliberalen sehr unangenehm berührt...

Es läßt sich verfolgen, wie einfache Notizen über tatsächliche Vorgänge, die in die Öffentlichkeit gelangten, methodisch so gekreuzt und geredit wurden, daß sie ihren Charakter völlig einbüßten; wie vollständige Erfindungen sich daran schlossen und mit dieser Mischung von Wahren, Halbwahren und ohne Weiteres dazu Erdichteten ein unerhörtes Lufthaus getrieben wurde...

Obwohl sich allem Anscheine nach die Mitglieder der Fraktion Verschwiegenheit auferlegt haben, will das „V. Tabl.“ wissen, was in der Sitzung vorgegangen ist. Dasselbe schreibt:

Herr v. Bennigsen selbst war zwar nicht zugegen, dafür aber übernahm es Herr Lasfer, die Fraktionsgenossen in die schwebenden Gebirgswege einzuführen. Daß dies indessen nur mit Vorsicht und Zurückhaltung geschehen konnte, versteht sich um so mehr von selbst, als ja überhaupt positiv feststehende Beschlüsse noch gar nicht vorhanden sind...

Demnach ist, wie wiederholt bemerkt, eine Verschmelzung gewisser preussischer Ministerressorts mit den entsprechenden Reichsämtern beabsichtigt, und zwar hauptsächlich zu dem Zwecke der Reichsregierung eine größere Selbstständigkeit und erweiterte Verantwortlichkeit zu verschaffen. Zur wirksamsten Vereinerung dieser Ressorts in einer allenfalls eintreffenden Sitzung...

Auf diese ungefähren Umrisse beschränkten sich die mit dem hochge-spanntem Interesse erwarteten Aufschlüsse, die Herr Lasfer gab, und es entspann sich darauf eine ziemlich schüchternere Unterhaltung über das, was man gehört hatte. Ausstellungen an einzelnen Punkten blieben, wie sich denken läßt, nicht aus, im Ganzen genommen aber war die Stimmung der Versammelten dem projektirten Reformversuch nicht gerade ungünstig...

Wir haben Grund an dieser Darstellung zu zweifeln, da sie uns den Mitteilungen unserer Berliner H-Korrespondenz zu widersprechen scheint. In diesem Briefe (s. unten) wird zwar die Fraktionsitzung nicht erwähnt, aber was er über die gegenwärtige und zukünftige Stellung der Partei andeutet, wird jedenfalls das Resultat jener Fraktionsitzung sein...

Der Abschluß eines Waffenstillstandes steht nahe bevor. Sowohl der widerstrebende Sinn der Pforte sowie der Widerstand des Kabinetts von St. James sind erweicht und so haben denn die Friedensausichten in den letzten 3 Tagen überaus schnell an Umfang und Intenstät gewonnen. Nachdem wohl durch den Verlauf der Verhandlungen zwischen Petersburg und London und den jetzt völlig hoffnungslosen Stand der türkischen Kriegslage gezwungen — England der Pforte den Rath erteilt hatte, direkt mit dem Gegner zu unterhandeln, war der Bericht seitens des englischen Kabinetts offen ausgesprochen, von Rußland die Friedensbedingungen zu erfahren...

hat auch die halbamtliche berliner „Prov. Kor.“ vor diesem letzten vernichtenden Schlage die Sachlage aufgefaßt: Sie konstatiert, nach einem Revisum der Ereignisse am Riegelschauplatz, daß die militärische Lage der Türkei immer schwieriger und beängstigender werde. Die Einsicht der schlimmen Lage habe zunächst wieder einmal zu einem Wechsel im Oberbefehl geführt, welcher dem Suleiman Pascha entzogen und dem bisherigen Kriegsminister Neouf Pascha übertragen worden ist. Eine richtige Erkenntnis aber behältigte sich noch mehr in dem anscheinenden Bestreben der Pforte, eine Beendigung des Krieges herbeizuführen...

Die „Prov. Kor.“ — immer mehr als günstige Vorzeichen einer baldigen friedlichen Wendung gedeutet. Mit Bezug auf diese Schlussbemerkung wird uns offiziös geschrieben: Berlin, 9. Januar. Die „Prov. Kor.“ drückt sich heute in einer kleinen Notiz in Bezug auf die Friedenshoffnungen zwar sehr vorsichtig aus, läßt jedoch erkennen, daß man hier den „vertraulichen“ Erörterungen, unter welchen wohl vorzugsweise die Verhandlungen zwischen England und Rußland gemeint sind, ein günstiges Prognostikon stellen zu dürfen glaubt. In der That haben die Hoffnungen auf eine baldige Friedensmendung sich in den letzten Tagen wesentlich erhöht...

Deutschland.

Berlin, 9. Januar. Die Nachricht der „Magdeb. Ztg.“, daß der Wiederzusammentritt der technischen Reichskommission für Schiffahrt Mitte des nächsten Monats erfolgen werde, bestätigt sich nicht. Die etwa zur Verabreichung zu stellenden Angelegenheiten sind mit Ausnahme der Statistik für Seeschiffahrt noch nicht in einen einigermaßen festen Stadium. Um der Statistik willen aber allein kann die Kommission nicht im Monat März einberufen werden, jedoch ist dieser Zeitpunkt zu weit entfernt, um ihn mit Bestimmtheit vorauszusetzen. Die Vorstände der berliner königlichen Bibliothek und der preussischen Universitäts-Bibliothek haben den Wunsch ausgesprochen, außer den bisher ihnen regelmäßig zugehenden Schulprogrammen auch die Programme der österreichischen und bayerischen höheren Schulen zu erhalten. Die österreichische und ebenso die bairische Regierung sind auf diesen Wunsch bereitwillig eingegangen, jedoch wünscht die österreichische Regierung, daß ihr von den Programmen der preussischen höheren Schulen drei Exemplare zur Vertheilung an die österreichischen Universitäts-Bibliotheken zur Verfügung gestellt werden...

Berlin, 9. Januar. In Bezug auf die Verhandlungen zwischen Bismarck und Bennigsen steht fest, daß die gesammte nationalliberale Fraktion einig geht. Sie ist so geschlossen wie je und hat das vollste Vertrauen zu ihren Führern. Jede etwa noch gehegte Hoffnung, es werde sich ein Theil von ihr nach rechts und in die Regierung hineinziehen lassen auf Kosten seines Zusammenhanges mit dem andern Theil, ist jetzt ein für allemal zerbrochen. Entweder wird die Regierung liberal, oder die gesammte liberale Partei stellt sich fortan weit freier und selbständiger als bisher neben sie. Im ersteren Falle wird die nationalliberale Fraktion offen und erklärt Regierungspartei. Aber schwerlich sie allein; von den unfehlbar auch ferner mitgehenden, stets als loyale Bundesgenossen erprobten Freikonservativen abgesehen, sowie von der Gruppe Löwe-Berger-Bettendorfs, hat sie selbst in diesem Falle den Namen Bismarck für schlechthin gleichbedeutend mit dem Begriff Reaktion nehmen und zu noch prinzipiellerer Opposition übergehen werden. Als Verusagezeitpunkt des Reichstags höre ich heute den 3. Februar nennen. Dem Landtage rechnet man noch vier bis fünf Wochen zu vorausgesetzt daß nicht Lasfer durchdringt mit der Vertagung...

Ausführungsgesetz zur Justizreform bis nach der Reichstags-Session.

Berlin, 9. Januar. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war wohl die langweiligste der Session. Die Parteien hatten aus leicht erkennbaren Gründen den Wunsch, ihre Anträge nicht vor ein durch außerhalb liegende Dinge in Anspruch genommenes Haus zu bringen und deshalb den heutigen Samstag ausschließliche Petitionen und dritten Lesungen lokaler Gesetzentwürfe gewidmet. Da war nichts, das ein lebhafteres Interesse erregte. Was die Kommissionen vorge schlagen, das billigte das Haus, und so erhielt die Regierung theils „schätzbares Material“, theils Berücksichtigungsempfehlungen zugewiesen. Nach Erledigung der Tagesordnung kündigte der Präsident an, daß Donnerstag und Freitag Abend-sitzungen stattfinden, sobald aber bis Dienstag Ferien sein sollen, damit die Kommissionen für ihre Arbeiten Zeit gewinnen. Die Justizreformkommission wurde zu besonderem Fleiße ermahnt, um die Fertigstellung der Justizvorlagen vor Beginn der Reichstags-Session zu ermöglichen. (In dem gestrigen B-Briefe ist gedruckt: „Hoffentlich geht dieses Vorschlags-System in die Injurgenenerziehung System zu bringen, nicht verloren“; es muß aber heißen: „Hoffentlich geht dieser Vorschlag, in die Injurgenenerziehung System zu bringen“ etc. — Red. d. Pos. Btg.)

— Dem hiesigen Magistrat sind auf seine aus Anlaß des Jahreswechsels an die Majestäten und an das Kronprinzipalliche Paar gerichteten Glückwunschschriften folgende Antworten ausgegangen:

1) Es hat Mir zur Befriedigung gereicht, beim Jahreswechsel von dem Magistrat Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin so vertrauensvolle Glück- und Segenswünsche zu empfangen, wie die Adresse vom 1. d. M. sie enthält. Aus ihnen, welche Ich dankend erwiedere, nehme Ich erneuten Anlaß, Mich zu freudiger Erkenntlichkeit gegen Gott, den Allmächtigen, zu erheben, dessen Gnade im verflochtenen Jahre wieder in reichem Maße über Mir und Meinem Hause gewaltet hat. Gern erinnere Ich Mich der zahlreichen Beweise von Liebe, Anhänglichkeit und Zustimmung, welche Ich im Laufe des Jahres aus der Mitte Meines Volkes erhalten, und mit Genugthuung bewahre Ich insbesondere die Erfahrungen, welche Ich bei Meinem Aufenthalt in mehreren Provinzen Preußens, sowie in dem dem deutschen Reiche wiedergewonnenen Landen auf Grund eigener Anschauung gesammelt habe. Ich fand die Nation, obwohl den Druck der leider bestehenden gewerblichen Störungen noch immer schwer empfindend, getragen von dem Bewußtsein, in der Arbeit zur Förderung ihrer Wohlfahrt durch die politischen Stürme, welche noch gegenwärtig andere Theile Europas erschüttern, nicht behindert zu sein, und zugleich stark in dem Vertrauen, daß es Mir und Meiner Regierung gelingen wird, jene Stürme auch im weiteren Verlaufe von ihr fern zu halten. Möge die Hoffnung, die sich hieraus für die gedeihliche Fortentwicklung der vaterländischen Verhältnisse ergibt, durch Gottes Vertheidigung und Erfüllung gelangen.

Berlin, 5. Januar 1878. ge. Wilhelm.  
2) Dem Magistrat Unserer Haupt- und Residenzstadt sage Ich aufrichtigen Dank für die Mir wiederum zum Jahreswechsel dargebrachten Segenswünsche. Wir müssen es dem kommenden Jahre überlassen, die Hoffnungen zu verwirklichen, welche die Abwendung unserer noch andauernden Nothstände und die Befestigung friedlicher Zustände betreffen. Unsere Hauptstadt kann stets auf Meine wahre Theilnahme für ihre innere und äußere gedeihliche Entwicklung rechnen. Berlin, 2. Januar 1878. ge. August.

3) Ich erwiedere den freundlichen Neujahrsgruß des Magistrats mit aufrichtigen Wünschen für das fernere Gedeihen der Hauptstadt und theile mit ihm die Hoffnung, daß mit Gottes Hilfe die Macht und Wohlfahrt des deutschen Reiches unter der gesegneten Regierung Seiner Majestät des Kaisers auch in dem nun beginnenden Jahre allen Gefahren trogen und in friedlicher Entwicklung zu immer reicheren Früchten gelangen werden möge. Berlin, 9. Januar 1878. ge. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

4) Es gewährt Mir besondere Genugthuung, dem Magistrat für die Zuschrift zu danken, mit welcher Mich derselbe zum Jahreswechsel begrüßte. Die Worte herzlichster Theilnahme, welche der Magistrat zumal Meinen ältesten Kindern widmet und die guten Wünsche, mit denen er der bedeutungsvollen Wendung gedenkt, welche sich im letzten Jahre in ihren Schicksalen vollzogen, sind mir ein neuer und willkommener Beweis für die treue Anhänglichkeit, welche Berlin dem Hause Seiner Majestät des Kaisers und Königs bewahrt. Möge das nun beginnende Jahr für unser Land und seine Hauptstadt ein glückliches und gesegnetes sein.

Berlin, 3. Januar 1878. ge. Viktoria, Kronprinzessin.

— Die „Nordd. Allg. Btg.“ beschäftigt sich heute wieder mit der Angelegenheit des Oberkirchenraths-Präsidenten Herrmann und zwar in einem Artikel, der vielleicht aus der Nähe desselben stammt. Ein Theil der Presse kommt nämlich jetzt wieder auf die Motive zu sprechen, welche Herrmann's Demissionsgesuch veranlaßt haben sollen, und demgegenüber will die „N. A. B.“ ihre von orientirter Seite vollauf befähigte Uebersetzung aussprechen, daß alle Angaben in Bezug auf die Motive des Gesuches, sowohl der früheren als der jetzigen, jeder thatsächlichen Unterlage ermangeln und nur Konjekturen bleiben, wie man solches über kurz oder lang erkennen wird. Das Blatt fährt dann fort:

Wir müssen nur das Bedauern aussprechen, daß es die Sach-

lage — so lange das Gesuch der Entscheidung von Allerhöchster Stelle harret — verbietet, die Verdächtigungen zurückzuweisen. Die Eine aber, welche sich in Nr. 1 der „Neuen Evangelischen Kirchenzeitung“ vorfindet, glauben wir, weil allzu exorbitant, um nicht ein solches Agitationsverfahren mit einem schärferen Ausdruck zu bezeichnen, doch besonders ins Auge fassen zu müssen. „Ob Disziplin-Untersuchung gegen Hofbach oder nicht, so lautet die Alternative, welcher nach ziemlich verbürgten Zeitungsnachrichten — Herrmann aus dem Wege geht.“ — Solche Worte richtete eine Kirchenzeitung, die den Geist der Ordnung, die Autorität in jedem Worte kundgeben sollte, an den ersten Beamten der evangelischen Kirche. Sie beschuldigt denjenigen, den der Staat zum Wächter der kirchlichen Ordnung bestellt hat, der Feigheit. Wir stehen nicht an, eine solche Beschuldigung als einen Akt zu bezeichnen, der der härtesten Verurteilung aller nicht von fanatischem Parteieifer Ergriffenen anheimfallen muß. Der Präsident Herrmann — das ist nichts Neues, was wir hier aussprechen — hat in mühevoller Arbeit manchen harten Kampf durchkämpfen müssen, bevor der Aufbau der evangelischen Kirche den gegenwärtigen Stand erreicht hat. In allen diesen Kämpfen hat man stets den festen, ebenen Charakter anzuerkennen Veranlassung genommen und den offenen und ehrlichen Sinn des Präsidenten gewürdigt, der mit voll allen schwierigen Fragen zu begegnen es verstand. Und nun um einer Affaire willen, die nur in dem von Parteihaber durchwählten Berlin zu einer cause célèbre hinaufgetrieben werden konnte, die in der Provinz im Wege amtlicher Anordnungen ohne jedwede Gemüthsanregung verlaufen sein würde, um einer solchen Affaire willen sollte Präsident Herrmann sein Amt in die Hände seines Monarchen zurückgeben? Wie wir wiederholen, nur exzentrischer Parteieifer kann solche „verbürgte Zeitungsnachrichten“ kolportiren. Wir müssen sie in der allerentschiedensten Weise zurückweisen, weil sie unwahr sind. Was speziell die Hofbach'sche Angelegenheit anbelangt, so ist, nachdem der Bericht des Konfessionsrats zu der Rechtsergänzungsschrift des Predigers Hofbach in letzter Zeit bei dem Evangelischen Oberkirchenrath eingegangen ist, dem Vernehmen nach, sobald die Ausarbeitung des Berichts des Dezerenten erfolgt ist, die Entscheidung dieser Angelegenheit in Aussicht genommen.

— In Bezug auf den Anlaß zur Verhaftung des englischen Berichters Bischoff, so wie den Verlauf dieser Angelegenheit, bringt das hiesige „Tageblatt“ einen, wie die meisten der diese Sache behandelnden Artikel, ziemlich sensationellen Bericht, in welchem es u. A. heißt, daß die Abberufung des hiesigen Militärbefehlshabers einer uns befreundeten Macht dieser Angelegenheit nicht fern steht. Das Blatt behauptet ferner, entgegen einer früheren Meldung, daß in der That ein Beamter des Kriegsministeriums in den Handel verwickelt sei, indem er zu dem Verrath die Hand geboten habe, und schreibt dann:

In wie frecher, ja geradezu gewaltthätiger Weise der Verräther zu Werke gegangen ist, das zeigt der nachstehende Vorgang. Vor mehreren Monaten war beim hiesigen Kriegsministerium mit der Post eine große Blechkapsel eingegangen, welche die in die Augen fallende Aufschrift „Pläne von Reg.“ trug. Diese Sendung wurde auf das Bult des betreffenden Abtheilungs-Chefs gelegt, von wo sie auf räthselhafte Weise verschwand, um sich nach Verlauf von acht Tagen in ausnehmend unversehrtem Zustande genau an derselben Stelle wiederzufinden, von der sie weggenommen worden war. Zur Verhütung für unsere patriotisch gesinnten Leser können wir indeß hinzufügen, daß die betreffenden „guten Freunde“ und die hinter denselben stehenden „intimen Feinde“ des Reiches im vorliegenden Falle ihr Geld für die ihnen ausgelieferte Nachzeichnungen jener Pläne umsonst ausgegeben haben; denn jene Kapsel war nur eine Falle, die man aufgestellt hatte, um bestimmte Anhaltspunkte für einen längst abgelegten Verdacht zu gewinnen. Dies ist damals vollständig gelungen; selbstredend hat man von der sofortigen Verhaftung des Erkappten Abstand genommen, um durch unbemerkte unausgesetzte Beobachtung sein Thun und Treiben seinen Verbindungen auf die Spur zu kommen. Es, als man auch dies glücklich erreicht hatte, bemerkte man sich des verrätherischen Beamten und seines nächsten Verbindeten, des Mr. Bischoff, der indeß auch nur eine untergeordnete Mittelsperson gewesen ist.

Die „Kreuz-Btg.“ läßt diesen Mittheilungen nachstehendes Dementi angedeihen:

Soweit wir unterrichtet sind, gehen die obigen Mittheilungen zum Theil über das Gebiet des Thatsächlichen weit hinaus. Es steht zunächst fest, daß kein Beamter oder Beschäftigter des Kriegsministeriums in die Angelegenheit verwickelt ist. Vielmehr ist Herr Bischoff durch eine nach ihm gleichfalls in Haft genommene Persönlichkeit mit einem aktiven Unteroffizier bekannt gemacht worden, welcher seiner vorgesetzten Behörde sofort von den ihm gemachten Auerbietungen Meldung gemacht hat. So gelangte die Angelegenheit auf dem militärischen Dienstwege zu höherer Kenntniß und schließlich zu der der königlichen Staatsanwaltschaft. Uebrigens wird die Angelegenheit seiner Zeit wahrscheinlich in öffentlicher Sitzung verhandelt werden.

Breslau, 9. Januar. Die „Schles. Btg.“ schreibt: Wie aus Habelschwerdt berichtet wird, ist gestern Vormittag die Nummer 3 des „Gebirgsboten“, eines ultramontanen Organs, in allen noch vorgefundenen Exemplaren politisch mit Beschlag belegt und auch in öffentlichen Lokalen konfisziert worden. Veranlassung zur Konfiskation soll ein von dem Abg. v. Ludwig = Neuwaldersdorf unterzeichneter Artikel, betreffend eine Erklärung des „Grünberger Kreis- und Intelligenzblattes“ gegeben haben.

Der hier zitierte Artikel des Herrn v. Ludwig wird heute auch

von der Berliner „Germ.“ im vollen Umfange abgedruckt. Dabei richtet sich gegen eine (auch von uns nach der „Bresl. Btg.“ republizirte) Korrespondenz aus Glogau, in welcher die Angriffe des Herrn v. Ludwig im Abgeordnetenhaus gegen die Staatsanwaltschaft zu Grünberg und die Oberstaatsanwaltschaft zu Glogau wegen es angeblichen Verhaltens zu den Förster'schen Gründungen abgeurteilt wurden. Herr v. Ludwig hat diese Korrespondenz augenscheinlich durch den Abdruck im „Grünb. Kreis- u. Intell.-Bl.“ kennen gelernt, glaubt sie auf eine amtliche Quelle zurückführen zu sollen undwortet darauf mit einem neuen Angriff auf die Staatsanwaltschaft. Dabei viellecht die Konfiskation in Habelschwerdt. Wir glauben wäre für die Staatsanwaltschaft vortheilhafter gewesen, wenn sie Verbreitung des Artikels nicht gehindert, sondern auf die darin enthaltenen Anschuldigungen geantwortet hätte.

Die bekannte Erklärung des Abg. Freund über den Standpunkt des Chefredakteurs der „Bresl. Btg.“ Dr. Stein in Bezug auf e Fortschrittspartei und das Ministerium Bismard veranlaßt Herrn Dr. Stein zu einer nochmaligen Auslassung, welche im Wesentlichen wie folgt lautet:

In dem Leitartikel in Nr. 7 der „Bresl. Btg.“ handelte es sich vorzugsweise über die Art und Weise der Polemik gegen die Partei und die Stellung des Fürsten Bismard; in dieser Beziehung bestehe trotz der obigen Erklärung des Herrn Abg. Freund eine Differenz zwischen der Auffassung, welche in Breslau und Schlesien, und d. Auffassung, welche in Berlin und im Parlament sich geltend macht. Es giebt ja Mitglieder der Fortschrittspartei auch in Breslau u. Schlesien, welche mit Herrn Abg. Freund über die gegen Fürst Bismard zu richtende Polemik einverstanden sind, aber Herr Freund will mir sicher einräumen, daß es auch nicht wenige Mitglieder giebt, d. meiner Auffassung in dieser Frage zustimmen, wie er mir auch zugestehen wird, daß ich über die Volksstimmung in Breslau und Schlesien nicht schlecht unterrichtet bin. Das liegt naturgemäß in meiner Stellung. Was würde man zu einem Redakteur sagen, der nur eine „vereinzelte persönliche Auffassung“ Ausdruck geben wollte? Herr Freund und Herr Richter betonen die Worte: „Differenz zwischen einer Breslauser und einer Berliner Fortschrittspartei.“ Nun, wohl, in äußerster Korrektheit hätte ich schreiben sollen: Differenz zwischen der Auffassung der Polemik gegen Bismard in der deutsche oder einem großen Theil der deutschen Fortschrittspartei in Breslau und der Auffassung zc. in Berlin. Nun ja und noch einmal ja; es wäre zwar etwas langweilig, aber außerordentlich korrekt gewesen.

### Schweiz

Bern, 5. Januar. Heute versammelte sich hier unter dem Vorsitz des Herrn Bundespräsidenten Schenk und unter Assistenz der Herren Bundesräthe Herer und Wetti und des Gotthardinspektors Koller die Gotthardkonferenz, d. h. die Vertreter der bei der Gotthardbahn interessirten Kantone und Bahngesellschaften.

Es wurden zunächst die verschiedenen Erklärungen entgegengenommen, betreffend die Beschlüsse, welche über die von der Reparationskommission beantragte Quotenvertheilung von den zuständigen Organen gefaßt worden waren. Es ergab sich im Großen und Ganzen, daß einerseits die beiden Bahngesellschaften — die Zentralbahn und die Nordostbahn — durch die Verhältnisse genöthigt sind, mit Bezug auf eine fernere Subventionsleistung bei ihrem schon abgegebenen „Non possumus“ stehen zu bleiben, und daß andererseits auch die Kantone nur unter allerlei Klauseln und Vorbehalten sich zu ferneren Leistungen herbeilassen wollen. Bedingungslos botirte nur Basel, aber selbst da steht schließlich das Referendum im Hintergrunde. Und man erinnert sich daran, daß bereits unzufriedene Stimmen darüber laut geworden sind, daß Kantone, die ein ganz direktes Interesse an der Gotthardbahn haben, sich so wenig geneigt zu neuen Opfern zeigen.

In der Diskussion herrschte im Ganzen eine gedrückte Stimmung, wie es angesichts der Verhältnisse auch nicht anders sein kann. Die Vertreter des Bundesraths traten mit voller Energie für die Gotthardbahn in die Schranken und betonten den eminent politischen und patriotischen Charakter der Frage. Es wäre ihrer Ansicht nach ein großer Fehler, wenn man die jetzige Gesellschaft zu Grunde gehen ließe, da eine neue Gesellschaft ungleich größere Schwierigkeiten zu überwinden haben würde, als die gegenwärtige. Von einer Seite wurde die Meinung verfochten, es solle der Gegenstand zu besserer Erwägung und zu anderer Vertheilung der Subventionsquoten zurückgewiesen werden; von anderer Seite aber machte man geltend, daß wir jetzt an dem Punkte angelangt seien, wo die Schweiz durch den Bundesrath die Erklärung müsse abgeben lassen, daß sie nicht im Stande sei, die acht Millionen aufzubringen. Dieser Erklärung könne nur noch dadurch ausweichen werden, daß man an den Bund appellire.

Drei machte nun Bern die meisten Schwierigkeiten. Die bernischen Abgeordneten sprachen sich entschieden gegen eine Bundesubvention aus; es werde überhaupt unmöglich sein, eine solche zu verwirklichen, indem das Volk in seiner Mehrheit die bezügliche Vorlage verwerfen würde. Die übrigen Vertreter aber erblickten doch in der Bundesubvention den einzigen Ausweg, und so wurde schließlich der Beschluß gefaßt: es solle die Sebesterkommission unter Zugug eines von den beiden Bahngesellschaften zu wählenden Vertreters ein neues Tableau für die Reparation unter Supposition einer Bundesubsidie in kürzester Frist ausarbeiten. Dessin enthielt sich der Abstimmung. Zug war nicht vertreten.

### Der Schlüssel von Konstantinopel.

Die seeherrschenden Städte, welche in der Geschichte eine Rolle gespielt haben oder noch spielen, liegen gewöhnlich nicht direkt am Meere. Um zu diesen Stapelplätzen zu gelangen, wo Macht und Reichthum ihren Sitz haben, muß der Seefahrer meist noch einen Zugang passiren. Der günstigsten Lage erfreut sich Konstantinopel, welches einst die Beherrscherin des Mittelmeeres war und es aller Berechnung nach wieder einmal werden wird. Die alte Kaiserstadt liegt am Marmara-Meer, einem Binnensee zwischen Europa und Asien, der 219 Quadratmeilen umfaßt, also nur 12 Quadratmeilen größer als der Regierungsbezirk Bromberg ist. Aber von dieser Stelle aus kann ein mächtiger Staat zwei Meere beherrschen: das Schwarze und das Mitteländische Meer, denn zu beiden führen vom Marmormeer aus Wasserstraßen: zum nördlich gelegenen Schwarzen Meere der Bosporus, welcher Konstantinopel an der Ostseite befpült, und nach dem Süden die westlich gelegenen Dardanellen (ehedem Hellespont genannt), welche ins Aegeische oder Weiße Meer führen, das einen Abschnitt des Mittelmeeres bildet. So ist die kaiserliche Residenz gleichsam von einem meerartigen Vorhof umgeben, zu und aus welchem zwei Wasserstraßen führen. Diese Lage verleiht der Stadt nicht nur die Herrschaft über zwei Meere, sondern auch über zwei Welttheile oder wenigstens über zwei gewaltige Halbinseln: die taurische (Kleinasien) und die balkanhalbinsel, welche sich an den beiden Meerengen einander so sehr nähern, daß der Uebergang durch Brücken hergestellt werden kann. Hier waren daher schon im grauen Alterthum die Kommunikationen zwischen Europa und Asien. Der Sage nach hat der Bosporus (zu deutsch Rufs- oder Kinderfart), der in Folge eines Durchbruchs des Schwarzen Meeres entstanden sein soll, seinen Namen von

der in eine Kuh verwandelten So erhalten, welche die Meerenge durchschwamm, um den Verfolgungen der eifersüchtigen Juno zu entfliehen. Der alte Perserkönig Darius ließ über den Bosporus, welcher 1170 bis 1950 Meter breit ist, eine Schiffsbrücke schlagen, die er mit seinem gewaltigen Heer überschritt, um die wilden Scythen zu bekriegen. Ueber den Hellespont aber führte Xerxes seine Perser nach Griechenland und Alexander seine Macedonier nach Asien. Auch die deutschen Kreuzfahrer unter Friedrich Barbarossa wählten die Dardanellen als Uebergang. Und im Jahre 1856 überschritten die Osmanen zum ersten Male diese Meerenge, um in die europäischen Provinzen des griechischen Kaiserreichs einzufallen.

Der Bosporus und die Dardanellen, als Uebergänge zwischen zwei Welttheilen und Wasserstraßen nach zwei Meeren sind deshalb unentbehrlich für die Herrschaft Konstantinopels. Nur im Besitz dieser Positionen konnten die byzantinischen Kaiser und können heut die türkischen Sultane ein Reich beherrschen, das europäische und asiatische Ländergebiete umfaßt.

Für die Seeherrschaft haben Bosporus und Dardanellen natürlich weniger Bedeutung als Meerengen d. h. als Furthen oder Uebergänge denn als Wasserstraßen. Sie bilden als solche die Zugänge und Thore zu Konstantinopel und die Ausgänge nach zwei Meeren. Die politische und militärische Bedeutung dieser Seethore kennzeichnet die ihnen beigelegte Benennung als „Schlüssel.“ Um diese Schlüssel zur Herrschaft haben die Seemächte manche blutige Kriege geführt. Schon Athener und Spartaner kämpften in den Dardanellen um den Besitz des alten Byzanz. Auch im Mittelalter und in der Neuzeit hat viel Blut die salzigen Wellen gefärbt, die aus dem Schwarzen Meere mit ängstlicher Hast in das Marmorbecken und von da in das Aegeische Meer hinab-

### Theater.

Am Mittwoch wurde der erste Versuch mit einem klassischen Stück gemacht. Man gab „Romeo und Julia“, die Tragödie der sich überfließenden Leidenschaft, wie diese Dichtung des großen Briten zutreffend bezeichnet worden ist. Die Aufführung hat überall mit Schwierigkeiten zu kämpfen, unter denen der fortwährende Szenenwechsel nicht zu den kleinsten gehört, namentlich auf unserer Bühne, welche bei jeder Verwandlung den Zwischenvorhang anwenden muß. Dadurch wird das Ganze in unzählige kleine Abschnitte zerrissen, und das zerstreut, anstatt daß das Interesse sich konzentriert. Wir möchten auch sonst die Mittwochsvorstellung nicht als Muster für fernere „klassische“ Aufführungen betrachten; sie schien uns, soviel wir davon zu sehen vermochten, etwas farblos zu sein.

Frl. Egger, welche neulich die intrigante „ungarische Gräfin“ in „Dora“ darstellte, spielte diesmal die Julia. Die Künstlerin besitzt äußere Erscheinung und Routine; anfangs etwas pathetisch, gewann Spiel und Ton im Verlauf des Abends an Natürlichkeit. Allerdings ließ sich zeitweise die hineinziehende Leidenschaft vermissen, welche Julia's Handeln allein erklärt. In dieser Beziehung war Herr Levinger glücklicher, dessen Romeo inneres Feuer deutlich verrieth — im besondern in der berühmten Balkonszene, deren Wirkung übrigens durch die ziemlich postelose Dekoration beeinträchtigt wurde. Von den übrigen Darstellern trat besonders Frau Baderich hervor, welche die Amme Julia's sehr charakteristisch veranschaulichte. Das Haus war recht gut besucht — ein Beweis, daß die klassische Tragödie doch noch mehr Kredit beim Publikum hat als von verschiedenen Seiten verachtet wird.

Frankreich.

Paris, 6. Januar. Es geht hier das Gerücht, die Königin Isabella von Spanien soll beabsichtigen, sich an ihrem Sohne für ihre Ausweisung aus Spanien zu rächen. Sie will ein Schreiben an ihn richten und in den Blättern veröffentlichen lassen, in welchem sie bekennt, daß er nicht ein Sohn des Königs Franz, sondern eine Frucht ehebrecherischer Liebe sei. In diesem Falle würde nicht mehr Don Alfons, sondern seine ältere Schwester, die Prinzessin von Austerri, thronbeständig sein. Man begreift, daß ein derartiger Zwischenfall dem jungen König gerade in dem Momente, in welchem er beirathen will, sehr ungelogen kommt, und ebenso ungelogen seinem Schwiegervater in spe, dem Herzog von Montpensier. Durch die Vermittlung des Legation und der Orleansprinzen ist der Versuch gemacht worden, die Königin für irrsinnig erklären und in eine Maison de santé fesseln zu lassen; allein derartige Geschichten gehen an der Seine doch nicht so leicht vonstatten, wie am Goldenen Horn. Das Schreiben der Königin dürfte demnächst in den Blättern erscheinen. — Der „Figaro“, welcher positiv das Leiborgan der Königin von Spanien geworden ist, bringt heute zwei neue Dokumente bei, welche zwischen Donna Isabella und den ersten Ministern ihres Sohnes kurze Zeit nach dem Regierungsantritt des letzteren, als die Königin den Wunsch äußerte, nach Spanien zurückzukehren, ausgetauscht worden sind. Die Königin stellte damals folgende Bedingungen für Meine Rückkehr nach Spanien:

- 1. Ich werde in Begleitung Meiner Töchter Pilar, Paz und Gulalia nach Spanien zurückkehren, sobald der König, Mein vielgeliebter Sohn, aus dem Norden wieder in Madrid eingetroffen sein wird; 2. werde ich das volle Recht behalten, Spanien zu verlassen und zu betreten, so oft Ich es für nöthig erachte, ohne daß Jemand dagegen Einsprache zu erheben hat; 3. werde Ich Mich direkt nach Madrid begeben und dort im Einvernehmen mit dem König, Meinem Sohne, Meinen bleibenden Aufenthaltsort bestimmen, unterdessen aber in Barcelona und Sevilla, als den Mir angenehmsten und Meinen Wünschen am meisten entsprechenden Städten, Meinen Wohnsitz aufschlagen; 4. bleiben die Infantinnen Donna Pilar, Donna Paz und Donna Gulalia bis zu ihrer Vermählung bei Mir und soll Niemand sie bis dahin von Meiner Seite nehmen; 5. behalte ich Mir in der Wahl Meines Hauspersonals freie Hand vor, so zwar, daß die Regierung sich in Nichts, was dasselbe angeht, auch nicht in die Verwaltung Meines Hauses zu mischen hat.

Paris, 14. Februar 1876. Isabella von Bourbon. Darauf antwortete der Ministerpräsident Canovas del Castillo mit nachstehendem Schreiben:

Madame! Ich habe dem Ministerrath und in Uebereinstimmung mit ihm Se. Majestät dem König die Forderungen mitgetheilt, die Er. Majestät unterm 14. Februar mit dem Befehl, Ihnen vor ihrer Reise nach Spanien die Antwort der Regierung zu übermitteln, an mich gerichtet hat. Die Regierung genehmigt vollständig den zweiten der Vorschläge, (welcher der erste sein sollte), betreffend das unannehmliche Recht Er. Majestät, frei in Spanien ein- und auszugehen, wie es Ihnen beliebt. Hinsichtlich der zweiten Bedingung hofft und wünscht die Regierung, daß Er. Majestät schon jetzt definitiv die Stadt Sevilla zu Ihrem bleibenden Wohnsitz auswähle, weil die andere von Er. Majestät in Vorschlag gebrachte Stadt, Barcelona, allerlei Uebelstände, darunter auch den, daß sie keinen Ihrer Person würdigen Palast aufzuweisen hat, vereinigt. Dagegen bietet Sevilla in dieser Beziehung alles Wünschenswerthe und der Alcazar soll ohne Zeitverlust für Er. Majestät eingeräumt werden. Was die dritte Bedingung, daß die Infantinnen bis zu ihrer Vermählung Ihrer mütterlichen Obhut anvertraut bleiben, betrifft, so hat die Regierung gegen einen so berechtigten Wunsch nichts einzuwenden, da sie überzeugt ist, daß Er. Majestät dadurch die Rechte des Königs als Oberhaupt seiner Familie nicht zu schmälern beabsichtigt. Die Infantinnen sind mittelbare Erben des spanischen Thrones und Er. Majestät giebt ohne Zweifel zu, daß in gewissen Fällen, wenn es sich z. B. um den heute noch fernliegenden Zeitpunkt der Vermählung Ihrer Tochter handelte, der König, das Cabinet und die Kammer diese Frage in ernstliche Erwägung zu ziehen hätten. Die vierte Bedingung Er. Majestät, die von der selbstständigen Verwaltung Ihres königlichen Hofstaates und der Wahl Ihres Hauspersonals handelt, hat die einstimmige Genehmigung der Regierung für sich, die Ihre Unabhängigkeit niemals antasten wird. Wie Er. Majestät bemerkt haben wird, habe ich bei der Aufzählung Ihrer Bedingungen mit der zweiten begonnen. In der That beschränkte sich die erste auf die Mitteilung, daß Er. Majestät sich auf Ihrer Reise nach Sevilla zuerst nach der Rückkehr Sr. Majestät des Königs aus dem Norden in Madrid aufhalten wird, und da der König seit mehreren Tagen hier eingetroffen ist, fällt diese Bedingung ganz weg. Im Uebrigen geht die Regierung auf alle Ihre Wünsche ohne Vorbehalt ein. Hinsichtlich des Zeitpunktes der Reise Er. Majestät habe ich von Paris die Mitteilung erhalten, daß Sie dieselbe erst nach Beendigung der sogenannten religiösen Frage anzutreten gedenken. Ein solcher Entschluß ist der hohen Weisheit Er. Majestät, Ihrer langen Erfahrung und Ihrer Mutterliebe, sowie der Liebe zu Ihrem unglücklichen Vaterland würdig. Nichts liegt der Regierung ferner, als einen Druck auf Ihre Ueberzeugungen ausüben zu wollen; aber heute, nachdem Sie dem Throne entsagt haben, kann nichts mehr Sie zwingen, Ihre Ruhe in dem Kampfe aufs Spiel zu setzen, welchen die feindlichen Parteien in Spanien sich unter dem Vorwande der kirchlichen Fragen liefern. Die geringste Aeußerung des Mißfallens seitens Er. Ma-

jestät könnte die Parteien noch mehr erregen und ein Mißtrauen erwecken, das die so sehr leicht erwünschte Rückkehr Er. Majestät in einen Gegenstand der Zwietracht verwandeln würde. Wenn der mir gewordene Wink über diesen Punkt sich bestätigt, so lamm die Regierung Er. Majestät zu einem so weisen Beschlusse nur Glück wünschen. Genehmigen Er. Majestät die Versicherung meiner un'erthänigen Anhänglichkeit u. s. w.

Madrid, den 7. April 1876. (gez.) Antonio Canovas del Castillo.

Paris, 6. Januar. Der „Francais“ erzählt eine Geschichte aus Berlin, die, wie gewöhnlich venenum in cauda hat, aber gerade in diesem Geiste ein gewisses Interesse birgt. Seine Korrespondenz geht von der als neu gegebenen, übrigens aber längst bekannten Thatsache aus, daß das Verhältnis des Herrn v. Sontaut-Biron zum Reichskanzler kein günstiges gewesen sei. Es sucht nach den Gründen und findet schließlich die Hauptveranlassung in Folgendem: „Herr v. Sontaut hat vor drei Jahren den Schlag, welchen Bismarck gegen Frankreich zu führen gedachte, rechtzeitig erkannt, hat Pärn geschlagen und die diplomatischen Bemühungen Rußlands herbeigeführt, welche den Kanzler zwangen, seinen Plan aufzugeben. Von daher stammt der Unmuth des Fürsten und der Feldzug der deutschen Presse gegen den französischen Botschafter.“ Ein solcher Feldzug hat nicht stattgefunden; ferner ist bekannt, daß der „Francais“ nur eine alte Lüge hervorholt, wenn er von der Absicht des Fürsten Bismarck spricht, im Frühling 1873, 1874 oder 1875 — denn in allen drei Jahren hat dieselbe Agitation gegen Deutschlands Bestimmung gesukt — über Frankreich herzufallen; aber nicht uninteressant ist, wenn der eble „Francais“ hier kundgiebt, daß jene Gerichte, und mit ihnen die durch ganz Europa verbreitete Agitation gegen die deutsche Politik aus dem Kreise seiner eigenen Parteigenossen stammen. Man hat das immer behauptet und jetzt im konkreten Fall das Geständnis des Broglieschen Organs, welches Herrn v. Sontaut noch gar ein Verdienst aus jener Agitation machen will! Einiges Aufsehen erregte hier eine Ansprache, welche Dufaure vorgestern an den Staatsrath richtete. Er verlangte von diesem meist aus Republikanern, Royalisten und Imperialisten bestehenden Staatskörper, daß „er die Republik und das jetzige Regime, so lange dieses dauern werde, mit seinen Rathschlägen unterstütze.“ Dieses „so lange es dauern werde“, erfüllte die Staatsrath und die reaktionären Salons mit großer Befriedigung, da sie daraus ersehen wollten, daß der Minister-Präsident selbst nicht an einen langen Bestand der Republik glaube. Selbstverständlich lag dieser Gedanke Herrn Dufaure durchaus fern, er wollte die reaktionären Staatsrath nur daran erinnern, daß, so lange er am Ruder sei, keine Mißachtung der bestehenden Staatseinrichtungen und keine Anfeindung der bestehenden Regierung geduldet werden würde.

Paris, 8. Januar. Wie verlautet, soll der Herzog von Aumale an die Stelle L'admirault's zum Gouverneur von Paris ernannt werden. General Admiralault erreicht am 17. Februar die Altersstufe, wo er aus dem aktiven Dienst auszuscheiden hat; Rochebouet erreicht diese Altersstufe im März. Die Ersetzung Ducrot's ist fest beschlossen. Von der Ersetzung d'Harcourt's auf dem französischen Botschafterposten in London ist die Rede. Die Mehrheit der Mitglieder des Achtehner-Ausschusses der Linken ist für den Fortbestand desselben; die einzelnen Gruppen werden über diese Frage herathen, ehe ein endgültiger Beschluß gefaßt werden wird. — Der General-Gouverneur von Algerien, General Chanich, traf in Paris ein und hatte diesen Morgen eine Unterredung mit dem Marschall Mac Mahon. — Wie der Telegraph bereits verbreitet hat, starb heute hieselbst General Montauban, Graf von Palikao.

Derselbe war am 4. Juli 1796 geboren und zeichnete sich zuerst in Algerien als tapferer Kavallerie-Offizier aus, wo er am 4. September 1831 zum Schwadronschef bei den Spahis, 1843 zum Oberlieutenant, 1845 zum Oberst des 2. Chasseur-Regiments, 1851 zum Brigadegeneral und Kommandanten von Temjan, 1855 zum Divisionsgeneral und Kommandanten in Constantine ernannt und dann nach Limoges an die Spitze der 21. Division mit dem Siege in Alimos besetzt wurde. Im Jahre 1860 erhielt er den Oberbefehl über die französische Expedition nach China, wo er am 21. September den entscheidenden Sieg bei Palikao errang, sich durch die Zerstörung des Sommerpalastes vom Kaiser von China als richtiger Algerier einen schätzbaren Ruf erwarb, am 12. Oktober in Peking einrückte, den Frieden erzwingt und im Sommer 1861 über Japan nach Frankreich zurückkehrte, um als Lohn das Großkreuz der Ehrenlegion und am 4. März 1861 einen Sitz im Senate, am 22. Januar 1862 den Titel eines Grafen von Palikao zu empfangen. Der Antrag auf Bewilligung einer Dotation stieß im gesetzgebenden Körper auf heftigen Widerspruch, da er nichts weniger als beliebt bei den Franzosen war, die sich seiner in China verübten Barbareien und Plünderereien schämten. Der General hat nun um Zurücknahme des Antrages, während der Kaiser, bei dem Palikao hoch in Ehren stand, darauf bestand; der von der Kammer zurückgewiesene Antrag führte schließlich zu einem Ausgleich. Am 22. Juni 1865 erhielt Montauban den

strömen. So fand an der Stelle, wo der Bosphorus ins Schwarze Meer mündet, im Jahre 1352, ein Jahrhundert bevor die Osmanen Konstantinopel eroberten, eine große Seeschlacht zwischen den Venezianern und Genuesen statt, welche sich die Herrschaft über den Pontus Curinus streitig machten. In der Meerenge der Dardanellen kämpften die Venezianer 1499 und 1657 gegen die Türken, welche in beiden Seeschlachten unterlagen, aber im Jahre 1694 wurde die venezianische Flotte geschlagen.

Seit alten Zeiten fand die malerischen Ufer des Bosphorus und die Küsten der Dardanellen mit festen Schlössern und Batterien versehen, um jedem unwillkommenen Gaste die Durchfahrt zu wehren. Am Kanal von Konstantinopel, der vier Meilen lang ist, haben schon Genuesen und Venezianer Befestigungen errichtet, deren Ruinen man heute noch findet. Die Dardanellen, an denen bereits griechische Kaiser Vertbeidigungswerke angelegt haben, sind von den Osmanen mehr und mehr befestigt worden. Die 10 Meilen lange Meerenge, ist aber schwerer abzuschließen als die Straße von Istanbul (so wird der Bosphorus von den Türken genannt), denn sie ist im Ganzen viel breiter und war früher nur in der engeren südlichen Hälfte zu beherren, die bis 6000 Meter breit ist. Im Allgemeinen sind innerhalb derselben vier Engpässe zu unterscheiden, von denen der schmalste 1000 Meter mißt. Es scheint, daß man in früheren Zeiten bedacht war, diese Stelle mittels einer schweren eisernen Kette, von der sich noch einige Bruchstücke vorfinden zu sperren. Später bewachten zwei Schlösser (Rift-Babr und Kale-Sultanieh) dieses Seethor, und heute ist es mit gezogenen Gussstahlanonen von Krupp armirt sowie mit starken Festungswerken besetzt, die 1864 auf Anregung des britischen Botschafters Sir Henry Bulwer begonnen wurden. Ueberhaupt haben die Türken schon vor Jahrhunderten an den engsten Stellen der See-

straße Befestigungswerke angelegt, um jeden Feind von der Hauptstadt abzuhalten, was ihnen aber nicht immer gelungen ist.

Heute befinden sich die beiden Wasserstraßen im alleinigen Besitz der Herrscher von Konstantinopel, und in dieser seebeherrschenden Stellung liegt die Schwierigkeit der orientalischen Frage. Die Position der türkischen Hauptstadt erklärt uns die Eifersucht der Großmächte, von denen keine der anderen eine solche Machtstellung gönnt, sie erklärt vor Allem die Haltung des meergebietenden Albion, welches nicht dulden will, daß Rußland an der Herrschaft über das Mittelmeer theilnehmen soll.

Was ist die orientalische Frage? Wir glauben, daß von Allen, welche darüber sprechen, nur Wenige eine klare Vorstellung davon haben. Die Panflavisten sehen darin eine Nationalitäten- oder vielmehr eine Rassenfrage, die russischen Bopen eine religiöse Frage. Doch der Kern dieses Zankapfels ist weder die Gemeinschaft oder Feindschaft der Rassen noch der Gegensatz von Kreuz und Halbmond, noch auch die freie Schifffahrt auf der Donau, woran besonders Oesterreich ein hervorragendes Interesse hat. Diese und andere Fragen sind nur begleitende Momente, welche den gordischen Knoten noch verschlungener machen. Das orientalische Räthsel umschließt als innersten Kern eine Frage der Seeherrschaft und lautet, gemeinverständlich formuliert: „Wer soll die meerbeherrschende Weltstadt am Bosphorus mit ihren „Schlüsseln“ besitzen?“ Nur wenn man die maritime Lage von Konstantinopel, seine politische und militärische Bedeutung richtig erfährt, erkennt man das wahre Wesen der orientalischen Frage, die seit Peter dem Großen — also seit beinahe 200 Jahren — die europäischen Staatsweifen beschäftigt. Ein kurzer Ueberblick der jüngsten Bestrebungen und Kämpfe um die Schlüssel von Konstantinopel wird diese Auffassung bestätigen. (Schluß folgt.)

Oberbefehl über das vierte Armecorps in Hon nebst dem der 8. Militärdivision. Montauban's Rolle im deutsch-französischen Kriege und sein unheilvoller Einfluß auf Mac Mahon's Bewegung nach Sedan ist in frischem Andenken. Als Soldat war er ein tapferer Handwerker, als Feldherr Algerier durch und durch und daher für die Operationen in China wie gemacht; im Uebrigen war er weder in der Armee noch im Lande jemals beliebt, desto mehr aber der Mann des Vertrauens der Tuilerien. Er hat ganz wesentlich zu dem faden Uebermuth und tragischen Ende des zweiten Kaiserthums beigetragen.

Ebenso starb heut der alte Volksführer Raspail, geboren am 29. Januar 1794 (5. Pluviose des Jahres II.) errang als Botaniker und Chemiker wissenschaftliche Lorbern, lenkte aber nach der Juli-Revolution in extreme Bahnen ein und zog sich durch seine Exzentricitäten mehrfache Bestrafungen zu. Am 24. Februar 1848 proklamirte er im Stadthause die Republik, noch bevor die Mitglieder der provisorischen Regierung dafelbst eingetroffen waren, und gründete 3 Tage später den „ami du peuple“, ein Tagesjournal ultra-demagogischer Richtung. Vom Strome der Ereignisse unstät umhergeschleudert, sah man ihn endlich in das sozialistische Fahrwasser steuern. Als Sozialist stiftete er Rumor genug, aber wenig oder gar keinen realen Nutzen; nichtsdestoweniger wird sein Verlust von den „freres et amis“ schmerzhaft genug empfunden werden; selbst die „Rep. franc.“ bekundet die Absicht, dem Verstorbenen seinen emphatischen Nachruf zu widmen.

Rußland und Polen.

Bielleicht erinnert man sich aus den Berichten über den Fall von Plezna noch jenes ergreifenden Eindrucks, welchen die Figur Tschif Paschas, des jugendlich aussehenden, aber ernststen, schweigensam melancholischen Generalstabschefs von Osman Pascha, machte. Es verlautete damals, daß dieser General unter den Ersten war, die sich in den russischen Reihen begaben, um die Kapitulation anzukündigen, wie er, von einer Schaar neugieriger Feinde umgeben, kaum vermocht werden konnte zu zeigen, daß er die vielfachen Anreden verstiehe; wie er dann im Zelte General Stobelews sein düstres, trotziges Schweigen nur bei der Bemerkung unterbrach, daß er dem beiratheten und gefährlichsten der feindlichen Führer gegenüberstehe, wie dieses bei dem jungen Manne um so auffallendere Benehmen die Empfindung von dem ganzen Stolz, dem männlichen Ernst und der fatalistischen Würde des Osmanen überall erweckte. Nun liest man in dem bulgarischen Blatte „Timbul“ daß der tapfere Pascha die Trauer über das Unglück seines Volkes und Heeres nicht überlebt hat. Das Blatt schreibt: „Der Generalstabs-Chef Osman Pascha, Tewfik Pascha, einer der ausgezeichnetsten türkischen Generale, hat sich in Turmu-Magurelli vergiftet. Der Schmerz über das Mißgeschick der Plezna-Armee und ihres Feldherrn hat ihn zu dieser That getrieben.“ Wahrscheinlich — bemerkt „P. N.“ — gab dieser traurige Fall zu dem falschen Gerüchte Anlaß, Osman Pascha sei gestorben.

Parlamentarische Nachrichten.

N. Berlin, 9. Jan. Die Berathung der Wegeordnung wird von der betreffenden Kommission des Abgeordnetenhauses heute wieder aufgenommen und voraussichtlich in den nächsten Tagen zu Ende geführt werden. Die Entscheidung wird alsdann in der Hand des Plenums liegen. Ueber das dringende Bedürfnis des Gesetzes besteht kein Zweifel. Welche Erwägungen die Ausfüßten für sein Zustandekommen in der ersten Hälfte der Session getrübt haben, ist bekannt; in wie weit diese Erwägungen durch die inzwischen eingetretene Veränderung der innern Lage modifizirt sind, werden die Debatten ergeben. Den allgemeinen Anzeichen nach zu urtheilen, ist die Stimmung überwiegend für die Zustandbringung des Gesetzes.

Lokales und Provinziales.

Wosen, 10. Januar. — Unterstügungen. Aus den am 1. Januar d. J. fällig gewordenen Zinsen der bei Gelegenheit der 50jährigen Dienstjubiläefeier des Königs gegründeten Stiftung für unbemittelte Inhaber des Eisernen Kreuzes u. s. vom Feldwebel abwärts, ist mit Genehmigung des Kaisers in unserer Provinz den Invaliden Johann Wilhelm Hübnert in Posen und Georg Maclovia in Warfowice, Kreis Schroda, ein Geldgeschenk von 60 Mark zugewendet worden. — Aus der von den Fabrikbestizern F. W. Ahmann und Söhne aus Lüdenscheid dargebrachten, hinsichtlich angelegten patriotischen Gabe im Betrage von 3000 Mark sollen der Bestimmung der Geber zufolge am 1. Januar jeden Jahres die Zinsen und ein Kapitalantheil von 150 Mark an invalide Soldaten aus dem Feldzuge von 1870/71 zur Vertheilung gelangen. In unserer Provinz ist hierbon dem Invaliden Oswald Hillert in Budewitz, Kreis Schroda, ein Geldgeschenk von 15 Mark zugewendet worden.

Ein Raubankfall ist in der Nacht von gestern zu heute an der von hier nach Kostryn gehenden Post in der Nähe von Schmerzenz verübt worden, indem wiederum, wie kurz vor Weihnachten, das Verdeck erstriegen und aufgeschnitten wurde. Die Zahl der entwendeten Pakete hat sich bis jetzt noch nicht feststellen lassen.

r. Zum Verkauf der Frohnveste behufs Abbruchs stand gestern Vormittag ein Termin an. Es hatten sich zu demselben 8 Personen eingefunden, von denen sich jedoch nur drei an der Bietung be-

\* Deffau — so schreibt man der „Trib.“ — war am Sonntag Klein-Berlin. Es sollte an diesem Abend das Hoftheater das erste Theater überhaupt sein, welches Paul Lindau's neuestes Schauspiel „Johannistrieb“ zur Darstellung brachte. In Deffau hatte der Autor sein Stück geschrieben, nun sollte es auch an seinem Geburtsort die Feuerprobe empfangen, während diese an Lindau's Stücken bekanntlich bisher in Berlin oder in Wien vollzogen worden war. Das herzogliche Hoftheater, von der kunstfertigen Hand des Intendanten Normann geleitet, hatte sich den Proben der Novität mit Eifer gewidmet. Herr Schönfeldt, der Regisseur der Hofbühne, hatte sich mit Gewissenhaftigkeit an die Inszenierung der Novität gemacht. Schon am Morgen und im Laufe des Aufführungstages trafen von Nah und Fern Gäste ein, so z. B. der Direktor des Leipziger Theaters, Förster, der Regisseur des berliner Hoftheaters, Deeg, und Vertreter anderer Bühnen Deutschlands. Eine Anzahl Journale war vertreten. So hatte sich die sonst so stille Residenzstadt wenigstens für den Sonntag außergewöhnlich belebt, und in dem ersten Gasthaus, genannt „Zum goldenen Beutel“, war kaum noch ein Zimmer unbewöltert geblieben. „Johannistrieb“ errang einen großen Erfolg, das neue Schauspiel ist entschieden Lindau's fleißigste und interessanteste Arbeit. Der erste Theil des Stückes ist von poetischer Wärme durchdrungen, der heitere von dem lebenswürdigsten Humor. Die Handlung spielt sich in der aristokratischen und Künstlerwelt ab. Der Herzog wohnt der Vorstellung bei; das (bekanntlich sehr schöne) Haus war überfüllt. Die Darstellung war mit Hilfe der besten Kräfte des Theaters und eines vortrefflichen Ensembles eine vorzügliche. Nach dem Schluß dieses interessanten Theaterabends vereinigten sich die Mitglieder der Bühne und die Freunde des Autors zu einem fröhlichen Kreis im großen Saal des genannten Hotels. Herr Deeg von Berlin brachte das Hoch auf das Deffauer Hof-Theater in anerkenntenden Worten aus.



Papier rubel zu erzielen ist. So erhielt die „Dan. Ztg.“ aus den jüngsten Publikationen des Grafen v. ...

Vermishtes

Gesundheitsbericht. Gemäß den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts sind in der 52. Jahreswoche 1877 von je 1000 Bewohnern ...

und Keuchhusten erscheinen vermehrt, erstere traten außer in München Eberfeld und Danzig jetzt auch in Königsberg und besonders in London mit größerer Intensität auf ...

Darmstadt, 7. Jan. Ueber den Verlauf der bereits erwähnten verhängnisvollen Hofjagd meldet das „Mainzer Journal“ folgendes Nähere: „Als das Treiben beendet und bereits abgelassen war ...

Herr von Gottschall. Der „Reichsanzeiger“ macht nun, wie bereits erwähnt, amtlich bekannt, daß der großherzoglich sächsische Geh. Hofrath Dr. Karl Rudolf Gottschall ...

gebendste Erörterung gefunden. Der Umstand, daß des Dichters Gattin eine Adliche (irren wir nicht: v. Seber-Loß) ist, erklärt einigermaßen die Liebe des Herrn Hofrath für den Adel.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten

Paris, 10. Jan. Das „Journal officiel“ publizirt die Ernennung des Generals Garnier zum Kommandanten des 8. Armeecorps statt Ducrois, welcher für den General Borce zum Mitglied der gemischten Kommission der öffentlichen Arbeiten ernannt wird.

An Beiträgen für die Familie Sasse sind bei uns eingegangen von H. N. 1 M., Frau Lange 1 M. 50 Pf., F. 2 M., D. 1 M., E. 50 Pf., E. Gebauer 1 M., Guenther-Grubins 20 M., Frau und Herr Berger 3 M., Ungenannt 5 M., S. 50 Pf., B. 10 M., Dame 1 M., N. N. 50 Pf., M. S. 3 M., in Summa 50 Mark. Weitere Beiträge nimmt bereitwillig entgegen die Exped. d. Pos. Ztg.

Grabschmuck

jeder Art liefert billig und schön Posen, Breslauerstraße 38. E. Klug.

Der kaufmännische Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Emil Petrich von hier ist durch Vertheilung der Masse beendet.

Königliches Kreis-Gericht

Bekanntmachung

Die tägliche Reinigung der Straßen, öffentlichen Plätze und Promenaden etc. in hiesiger Stadt, soll vom 1. April 1878 bis 31. März 1879 an den Mindestfordernden vergeben werden.

Freitag, den 18. Januar er., Mittags 12 Uhr,

im Magistrats-Sitzungs-Saale auf dem Rathhause anberaumt und laden Unternehmungslustige hiermit ein.

Bekanntmachung

Der Dünger aus dem städtischen Marktaul soll für die Zeit vom 1. April 1878 bis ult. März 1879 an den Meistbietenden verpachtet werden.

Donnerstag, den 17. Januar er., Mittags 12 Uhr,

im Magistrats-Sitzungs-Saale auf dem Rathhause anberaumt.

Bekanntmachung

Um vielseitig angebrochenen Wünschen zu genügen, haben wir beschlossen, dem mit den Jahrmärkten verbundenen Vieh- und Pferdemarkt eine möglichst große Ausdehnung zu geben.

am 27. Februar d. J. Vissa (Posen), im Januar 1878. Der Magistrat.

Bekanntmachung

Bei der in der Woche vom 31. Dezember 1877 bis 5. Januar 1878 unermüthet vorgenommenen polizeilichen Revisionen der zum Verkauf feilgehaltenen Milch, hat nach der Greinerischen Milchwaage die Milch gezeugen: A. in den Verkaufsstellen: Thorstraße Nr. 2 21 Grad, Graben Nr. 4 21 Grad, St. Adalbert Nr. 40 20 Grad, Halldorfstraße Nr. 18a 20 Grad, Halldorfstraße Nr. 22 19 Grad, Halldorfstraße Nr. 31 19 Grad, Halldorfstraße Nr. 32 20 Grad, Ränge-

straße Nr. 7 19 Grad, Wilhelmstraße Nr. 16 21 Grad, Wilhelmstraße Nr. 16a 22 Grad, Gr. Ritterstraße Nr. 11 22 Grad, Ruesstraße Nr. 7/8 20 Grad, Bergstraße Nr. 9 20 Grad, Wallstraße Nr. 18 20 Grad, Wallstraße Nr. 73 19 Grad, Wallstraße Nr. 91 20 Grad, St. Martin Nr. 27 20 Grad, St. Martin Nr. 33 20 Grad, St. Martin Nr. 60 20 Grad, St. Martin 69 20 Grad, St. Martin 69 20 Grad.

Bei den Wirthen: Kossick aus Dembsen 20 Grad, Anton Raag aus Kobylepole 20 Grad, Förster Enke aus Couisenhain 20 Grad, Roth aus Rattaj 21 Grad, Joseph Roth aus Rattaj 20 Grad, Joseph Beyerslein aus Rattaj 20 Grad, Johann Pfau aus Rattaj 20 Grad, Witkowski in Ober-Wilba 21 Grad, Lorenz Zeitgeber in Winiary 19 Grad, Coa Zeitgeber in Winiary 21 Grad, Johann Ertz in Winiary 20 Grad, Barbara Biasznial in Winiary 21 Grad.

Posen, den 7. Januar 1878. Der Polizei-Präsident. Standp.

Königliche Ostbahn. Es soll die Bauausführung der Wärter-Wohnhäuser der Posen-Belgarder Eisenbahn incl. Lieferung der Materialien ercl. Feldsteine und Ziegel in sechs Loosen und zwar: Baufreile I. Dornitz 7 Wärterhäuser, II. Kolmar 1, V. 5 do., III. Schneidemühl 5 do., IV. Jastrow 5 do., V. Neustettin 7 do., VI. Belgard 6 do.

Der freihändige Verkauf des zur Konkursmasse Tischer hier geborenen Wein- und Zigarren-Lagers wird noch werktäglich von 10 Uhr Vorm. bis 3 Uhr Nachm. zu den Lappellen fortgesetzt.

am 17. und 18. d. Mts., von 10 Uhr Vorm. ab, meißelnd gegen gleich baare Zahlung versteigert. Obornitz, den 8. Januar 1878. Hugo Marquard, Verwalter der Masse.

Bekanntmachung

betreffend die Meldung der Militärpflichtigen zur Eintragung in die Rekrutirungsstammrolle.

Alle Militärpflichtigen jungen Männer in Posen werden auf Grund der Befehle hierdurch aufgefordert, sich in den Tagen vom 15. Januar bis 1. Februar 1878

Vormittags 8 bis 11 Uhr, Nachmitt. 4 bis 6 Uhr, bei dem Polizei-Kommissarius des Reviers, in welchem sie wohnen, persönlich zur Eintragung in die Stammrolle zu melden.

Verpflichtet zur Meldung sind namentlich:

- 1. Alle im Jahre 1858 Geborenen, die also im Jahre 1878 ihr 20. Lebensjahr erreichen,
2. Alle älteren Militärpflichtigen im 21. bis 25. Lebensjahre, also in den Jahren 1857, 1856, 1855, 1854, 1853 Geborene, die bei früheren Musterungen:
a) als dienstlich abwesend, aber nicht eingestuft sind,
b) als zeitig untauglich zurückgestellt sind,
3. Alle bei früheren Musterungen aus irgend einem Grunde Uebergegangenem.

Alle diese Militärpflichtigen, sofern sie in Posen sich aufhalten, sind zur Meldung verpflichtet, ohne Unterschied, ob sie hier geboren sind oder nicht.

Eltern, Vormünder, Lehr-, Brod- und Fabrikherren, deren Söhne, Mündel, Gehülften oder Lehrlinge zur Zeit abwesend, sind verpflichtet, die Meldung für diese zu bewirken, § 23 der Erfass-Ordnung.

Bei der Meldung ist anzugeben und durch Atteste nachzuweisen:

- a) Name, Geburtstag und Ort, Stand, Wohnung des Militärpflichtigen,
b) Name, Stand und Wohnung der Eltern oder Vormünder,
c) etwaige frühere Gefestungen vor einer Erfass-Kommission.
Die nicht in der Stadt Posen geborenen Heerespflichtigen müssen sich unter Vorzeigung ihres Geburtscheines melden.

Der Polizei-Kommissarius ertheilt jedem Meldenden einen Meldechein, der als Ausweis über die richtige Meldung aufzubewahren ist. Die zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigten, welche in diesem Jahre ihr 20. Lebensjahr erreichen, haben sich nach § 33 der Erfass-Ordnung vom 28. September 1875 schriftlich oder mündlich unter Vorlegung des Berechtigungscheines, bei dem unterzeichneten Civil-Vorstandenden der Erfass-Kommission in der oben angegebenen Zeit zu melden und ihre Zurückstellung von der Aushebung zu beantragen.

Der Polizei-Sekretär Herr Rirschte nimmt in meinem Auftrage diese Meldungen und Anträge in seinem Bureau, im Polizeidirektionsgebäude Zimmer Nr. 21, entgegen.

Folgen der Nichtmeldung. Wer zur Meldung verpflichtet ist und dieselbe verabsäumt, wird nach § 23 der Erfass-Ordnung mit Geldbuße bis 30 Mark oder Haft bis 3 Tagen bestraft.

Besondere Vorladungen zur Meldung erfolgen nicht. Niemand kann sich mit dem Einwande schützen, daß er nicht vorgeladen oder daß die Aufforderung ihm unbekannt geblieben sei. Posen, den 6. Januar 1878.

Der Civil-Vorsitzende der Erfass-Kommission für die Stadt Posen. Königlicher Polizei-Präsident Standp.

Aufruf!

Der russisch-türkische Krieg wird von beiden Seiten mit so großer Erbitterung geführt und erfordert so überaus zahlreiche Opfer, daß die für die Verwundeten und Kranken getroffenen Anstalten überall nicht ausreichen, und daß es sich als unmöglich erweist, der von Tag zu Tag wachsenden Masse der Verwundeten auch nur die allernöthigste Hilfe zu gewähren oder Linderung ihrer schweren Leiden zu verschaffen.

Stiftung der in den kriegführenden Ländern bestehende Hilfsvereine für beide Theile gleichmäßig bereits hergegeben, was wir nicht für die im Vaterlande selbst in Folge des letzten Krieges noch Leidenden unbedingt zurückbehalten mußten.

Nunmehr richten wir aber an alle Menschenfreunde die dringende Bitte, uns die kräftige Fortsetzung unserer internationalen Hilfsfähigkeit durch Gaben an Geld und geeignetem Verband-Material zu ermöglichen.

Die Vereine unter dem rothen Kreuze werden als solche nicht von politischen Sympathien für den Einen oder den Andern der Kriegführenden geleitet. Sie wollen nur dem Interesse der Menschlichkeit dienen, und kennen deshalb nur unglückliche Verwundete, welche um Hilfe rufen und denen sie gewährt werden muß, welcher Nation sie auch angehören.

Gaben an Geld werden unsere Kasse in unserem Geschäftslokale, Berlin Wilhelmstraße Nr. 73, in den Stunden von 9 bis 12 Uhr täglich und unser Schatzmeister Herr Geheimrath Kommerzienrath von Bleichröder, Berlin, Behrenstraße Nr. 63 entgegen nehmen.

Verbandmaterial, von welchem namentlich alte reingewaschene Leinwand sehr erwünscht ist, bitten wir an unser gedachtes Geschäftslokale einzuliefern zu wollen.

Den Empfang der uns anvertrauten Gaben werden wir durch Veröffentlichung von Gaben-Verzeichnissen anzeigen.

Das Central-Komitee der deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger. Posen, den 7. Januar 1878.

Borstehender Aufruf wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der unterzeichnete Vorstand des hiesigen Provinzial-Vereins sowie die Vorstände der Zweig-Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger zu Bromberg, Posen, Gria, Kempen, Vissa, Mogilno, Posen, Punitz und Kamitsch bereit sind, Gaben an Geld und Verbandmaterial entgegen zu nehmen und dieselben portofrei an das Central-Komitee zu Berlin zu befördern.

Der Vorstand des Posener Provinzial-Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger.

Gels-Gnesener Eisenbahn. Die Einnahme pro Monat Dezember beträgt:

Table with 2 columns: provisorisch 1877, definitiv 1876. Rows for a) aus dem Personen-Verkehr, b) aus dem Güter-Verkehr incl. Extraordinarien, and Summa.

pro Dezbr. 1877 weniger 849,67 Rm. Direktion.

Böhlthätigkeits-Verein „Allgemeine Israelitische Allianz“

Zu der am Sonnabend, den 12. Januar, Abends 7 Uhr, in der hies. Israelit. Waisenkinder-Anstalt abzuhaltenden ordentlichen General-Versammlung

werden unsere Mitglieder hierdurch höflich eingeladen und um zahlreiches wie um pünktliches Erscheinen gebeten.

Das Komité des Lokal-Vereins. Dr. W. Reichenfeld. Posen, im Januar 1878.

Hierdurch erlaube ich mir Ihnen mitzutheilen, daß ich nach Aufgabe meines Agentengeschäftes ein Spiritus- und Commissions-Geschäft unter meiner bisherigen Firma

Hermann Meyer. Ergebenst Hermann Meyer.

